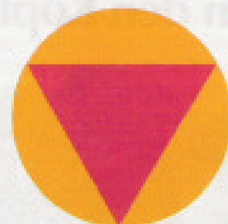
DM 1,–

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

September 9/94



Nur einige Hinweise, auch für den Bundestag

Quellen des Neonazismus

Nach den Ferien des Bundestages möchte der CDU-Politiker Heiner Geißler eine Aktuelle Fragestunde im Bundestag durchführen. Dies soll klären, wo die Ursachen und Gründe für die Mannheimer Urteilsbegründung liegen.

Dazu ist aus SPD-Fraktionskreisen zu hören, sie beabsichtigten, das 21. Strafrechtsänderungsgesetz von 1982 wieder einzubringen. Wieder, das heißt doch, daß es schon einmal im Bundestag vorgelegen hat. In der Tat hatte die sozialliberale Regierung dieses Gesetz entworfen. Darin heißt es: „der im Rahmen neonazistischer Propaganda zunehmend zu beachtenden Leugnung und Verharmlosung schwerer nationalsozialistischer Gewaltmaßnahmen (solle) sich auch strafbar machen, wer unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlungen des Völkermordes leugnet oder verharmlost". Dieses Gesetz hatte auch der Bundesrat abgesegnet. Damit wurd es dem Bundestag zugeleitet.

Wie gesagt, das war im Oktober 1982. Zwei Tage später leitete die FDP die Wende für eine christlich-liberale Koalition unter Helmut Kohl ein. Das Strafrechtsgesetz mit diesen klaren Formulierung wurde 3 Jahre im Bundestag hin und her geschoben, bis es unterm Tisch lag.

Der Hintergrund für dieses Gesetz: Mitte der siebziger Jahre kursierte ein kleines Blättchen in der Bundesrepublik. In diesem behauptete der Lagerleiter des Zyklon B in Auschwitz, Christophers, damit wäre nur Ungezieferim Lager vernichtet worden. Das war die Auschwitzlüge.

Auch das ist Geschichte der alten BRD

Hatten schon die drei Westmächte ab 1948 begonnen, alle Antifaschisten aus ihren Ämtern zu entfernen, so setzten die Regierungen der BRD die Säuberung besonders von kommunistischen Verfolgten des Naziregimes fort. Wer für die Ächtung der Atomwaffen war, wer für die Einheit und für einen Friedensvertrag mit Deutschland war, wurde mit Gefängnis bestraft. Die Justiz nahm sich sogar das Recht, SPD-Genossen, die in ihrer Partei für die Einheit der Arbeiterbewegung eintraten, zu verurteilen. Diese bekamen höhere Haft als Checkfälscher. Diese Justizopfer des Kalten Kriegs sind zu entschädigen.

Willy Hundertmark

Dieser Tatbestand zeigt eindeutig die Verquickung der christlich-liberalen Koalition mit dem Mannheimer Urteil und seiner Begründung. Diese Koalition hätte in einer Fragestunde Gelegenheit, selbstkritisch zu bekennen, warum sie dieses Strafrechtsgesetz hat verschwinden lassen. Es ist nun nicht so als ob es vorher keine Maßnahmen gegeben hätte, um neonazistischem Treiben ein Ende zu machen. Im Oktober 1970 hat die sozial-liberale Regierung unter Willy Brandt auf Anforderung der UNO berichtet: Die Grundrechte des Grundgesetzes, der Art.139, sowie eine Anzahl Strafrechtsgesetze hätten dazu beigetragen, den Faschismus und Militarismus in der BRD zu liquidieren. Diese Feststellung wurde getroffen, obwohl ja bekannt war, mit dem Artikel 131 sind alle Beamten unabhängig von ihrer politischen Vergangenheit wieder in Amt und Würden eingesetzt worden. Auch die Beamten, die im Naziregime Beamte wurden. Dazu zählt auch eine gewisse Anzahl SS-Mitglieder (die SS wurde in den Nürnberger Prozessen als verbrecherische Organisation abgeurteilt).

Damit gab sich die Adenauerkoalition nicht zufrieden und setzte noch einen drauf. Im Juni 1962 beschloß der Bundestag, alle Richter und Staatsanwälte zu begnadigen. Dazu bekamen diese Zeit, bis zum Juni 1963 zu überlegen, ob sie weiter im Dienst bleiben oder sich pensionieren lassen wollten. Etwa 100 gingen auf Anraten ihrer Justizminister in Pension. Von 670 Volksgerichtshofjuristen wurde ein einziger im Jahre 1985 angeklagt.

Es ist doch klar, daß diese Juristen Nachwuchs hinterlassen haben. Es ist aber auch klar, daß in den Jahren viele Juristen den Weg in die Gewerkschaften und demokratischen Organisationen gefunden haben, wie z.B. die Bremer Staatsanwälte in die ÖTV.

Allerdings Richter, wie die vom Mannheimer Landgericht, die den NPD-Deckert als eine charakterfeste, selbstbewußte Persönlichkeit mit klaren Zielen einschätzen und nicht dem Antrag des Staatsanwaltes folgen, sind für das Richteramt nicht würdig. Auch eine Versetzung, die der Vorsitzende des Richterbundes angeregt hat, ist nicht der richtige Weg. Auf alle Fälle ist jetzt der Bundestag gefordert, wenn nicht dieser, dann der nächste.

Willy Hundertmark

Erklärung

Der Landesvorstand der VVN/BdA Bremen e.V. erklärt zur Welle neofaschistischer Gewalttätigkeiten am Wochenende des 23./24. Juli 1994: Die vor und während der zentralen Gedenkfeier der Bundesregierung zum 50. Jahrestag des mißglückten Attentats auf Hitler am 20. Juli 1994 erfolgte Ausgrenzung antifaschistischer Organisationen und Gruppen ist das Aufputschmittel für neofaschistische Verbrechen. Von allen Gewaltverbrechen ist der Überfall auf die Gedenkstätte Buchenwald ein Beleg für den Zusammenhang zwischen verordnetem Anti-Antifaschismus von Oben und neofaschistischen Gewalttaten. Buchenwald war kein typisches Vernichtungslager. Dennoch wurden hier 54.000 Menschen ermordet. Buchenwald war ein KZ, in dem Menschen aus allen Ländern Europas inhaftiert waren, die aus politischen, religiösen, humanen Gründen Faschismus und Krieg abgelehnt haben. In Buchenwald waren 1800 Kinder inhaftiert, darunter 180 jüdische, die von dem Lehrer und Kommunisten Hamacher gerettet wurden. Wer duldet, daß das Symbol des Sieges über den Faschismus, die Torgauer Brücke, in die Luft gesprengt wird, liefert auch den Geist für den Überfall auf die Gedenkstätten.

I.A. Willy Hundertmark

In den Köpfen wächst der Widerstand



In den Köpfen wächst der Widerstand Die Holzskulptur von Joachim Fischer, die am 20. Juli 1994 erstmals in der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, sollte in allen zukünftigen Veranstaltungen gezeigt werden. Sie dokumentiert 3 Begriffe: „Faschismus, Fremdenfeindlichkeit, Militarismus" auf einer zerbrochenen Tafel, die der Mensch hochhält. Diese Begriffe zu zerbrechen, geht nur mit Aufklärung, mit Offenlegung der Aussagen, die z.B. Fremdenfeindlichkeit nähren. Antifaschistischer Widerstand war und ist immer Aufklärung. Vom Kopf her kommt die Überzeugung, daß etwas getan werden muß. Das war auch Anliegen von Joachim in seiner Rede zu seiner Skulptur.

Ohne Aufklärung der Tätigkeit der Militärjustiz, betont Ludwig Baumann in seinem Grußwort, das Frau Ingeborg Kramer (Mahnwachefrau) verlesen hat, wird es keine Rehabilitierung der Opfer der Militärjustiz geben. Über 50.000 Soldaten aller Ränge wurden im Kammergericht zu Berlin von der Militärjustiz (Feldrichter) verurteilt, davon über 20.000 zum Tode. Nicht nur Filbinger, auch Carl Carstens war Feldrichter.

Prof. Dr. Heinrich Fink (parteilos), 1989 als Dekan der Fakultät Theologie zum Rektor der Humboldt-Universität gewählt und 1990 abgewickelt, war ein weiterer Redner auf dem Bremer Marktplatz. Sein mit großer Aufmerksamkeit aufgenommener Beitrag war voll von Beispielen über das undemokratische Wirken der neuen Machthaber in der Ex-DDR.

Die Mahnwache auf dem Marktplatz hatte der Kamerad Willy mit dem Hinweis eröffnet, im Lande Bremen würden viele Straßen und Plätze Namen von Frauen und Männern tragen, die antifaschistischen Widerstand geleistet haben.

Gemäß der Richtlinien des Kreisauer Kreises (Siehe BAF 7/8-94) habe am 22. Juni 1944 ein Treffen von Franz Jacob (Hamburg), Anton Saevkov (Berlin), Julius Leber, Adolf Reichwein (Sozialdemokraten) und Schenck von Stauffenberg stattgefunden. Ein zweites Treffen habe nicht mehr stattgefunden, weil am 5. Juli die vier Erstgenannten von der Gestapo verhaftet wurden. In der Veranstaltung am Abend in der Stefani-Gemeinde war Prof. Fink der einzige Redner. Am Beispiel des Lebens von Dietrich Bonhöffer zeigte er den 20. Juli 1944 als Teil des antifaschistischen Widerstandes. Aufgrund seiner christlichen Überzeugung, daß alle Menschen gleich sind, hatte er im Gegensatz zu seiner Kirche schon vor 1933 den Faschismus und damit die Nazibewegung abgelehnt.

Die Zwangskirche „Deutsche Christen" führte Bonhöffer in die Bekennende Kirche. Als Auslandspfarrer, zuletzt in England, kehrte er 1935 nach Deutschland zurück. In seinen Predigten und Vorträgen enthüllte Bonhöffer den Mißbrauch der Christlichen Wissenschaft durch die SS-Schergen für ihre menschenfeindlichen Ziele. Wie ernst er den Widerstand gegen das NS-Regime nahm, zeigt die Tatsache, daß er im Sommer 1939 nach einer Vortragsreise durch die USA Amt und Professur ablehnt und in seine Heimat zurückkehrte. Er hatte schon sehr früh enge Beziehungen zu Graf von Moltke und seinem Kreisauer Kreis. Im April 1943 wird Dietrich Bonhöffer wegen seiner Predigten verhaftet. Die Gestapo hatte zu diesem Zeitpunkt keine Ahnung vom Kreisauer Kreis. Bonhöffer habe sich bereits mit der Ermordung Hitlers befaßt, berichtete Prof. Fink. Bonhöffer habe aus christlichen Bedenken erwogen, aus der Kirche auszutreten, um diese nicht zu belasten. Nach dem 20.Juli 1944, dem gescheiterten Attentat auf Hitler, hat das Naziregime blutige Rache genommen. Frauen und Kinder wurden in Sippenhaft genommen, über 5 000 Frauen und Männer ermordet. Dietrich Bonhöffer wurde über mehrere KZs geschleppt und in Flossenbürg nackend aufgehängt. Ohne Pause wurde die Veranstaltung fortgeführt. Die nun an Prof.Fink gestellten Fragen und seine Antworten ließen die Zeit im Nu vergehen. Immer wieder zeigte er an Beispielen die Erfolge des antifaschistischen Kampfes. Am Sonnabend, den 23.Juli um 11 Uhr gedachte und würdigte eine Gruppe jüngerer Antifaschisten das Leben und Wirken von General von Seydlitz-Kurtzbach auf dem Riensberger Friedhof.

Kamerad Willy wies auf die Gemeinsamkeiten der Offiziere im Kreisauer Kreis und der im Nationalkomitee Freies Deutschland hin. Beide handelten aus der Erkenntnis, daß das Naziregime den Krieg nicht gewinnen kann. Der General hat sich in die vorderste Kampflinie der Roten Armee begeben, u die deutschen Soldaten aufzuklären. Mit welchem Erfolg, darüber könnte man lange streiten. Im Ergebnis des mißglückten Attentats wurden die Offiziere des Freien Deutschland in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Diese 3 Veranstaltungen waren inhaltlich hochqualifiziert. Sie hätten eine bessere Berichterstattung in den Medien verdient.

Der Berichterstatter

Wir gedenken

Franz Jacob, geb. 9.8.1906, hingerichtet 18.9.1944 im Zuchthaus Brandenburg. Bis zur Verhaftung im August 1933 leitete Franz Jacob den kommunistischen Widerstand gegen die Nazidiktatur in Bremen. Nach drei Jahren Zuchthaus wurde er ins KZ Sachsenhausen verschleppt. Von 1943 an gehörte er mit Anton Saewkow und Theo Neubauer zur operativen KP-Leitung. Nur kurze Zeit nach einem Treffen zwischen Franz Jacob und Anton Saewkow mit Julius Leber und Adolf Reichwein folgte dem vergeblichen Hitler-Attentat vom 20. Juli eine große Verhaftungswelle.

Vormerken!

Sonntag, 11. September 1994

Gedenkfeier für die Opfer von Krieg und Faschismus

um 11.00 Uhr auf dem Osterholzer Friedhof

Gedanken zum Antikriegstag mit Rückblick

Was war, bzw. gab den Anlaß zu diesem Tag? Vor genau 55 Jahren, am 1. September 1939 begann Hitler mit einem fingierten polnischen Angriff auf den Sender Gleiwitz den zweiten Weltkrieg. Um 10 Uhr verkündete Hitler im Reichstag: „Seit 5.45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen, und von jetzt ab wird Bombe mit Bombe vergolten". So nahm der zweite von deutschem Boden ausgehende Weltkrieg in diesem Jahrhundert seinen Lauf. Das Ergebnis: mehr als 50 Millionen Tote, Tausende zerbombte Städte, Dörfer und Betriebe.

Nach der totalen Niederlage des „Dritten Reiches" wurde Deutschland von den vier Alliierten Siegermächten bis ins letze Dorf besetzt. Das war übrigens einmalig in der deutschen Geschichte. Es war richtig und notwendig. Trotz der gegensätzlichen ideologischen Auffassungen – die vier Besatzungsmächte hatten unterschiedliche politische und wirtschaftliche Ordnungen – waren sie sich im Potsdamer Abkommen einig, Deutschland als einheitliches wirtschaftliches Ganzes zu betrachten.

Es sollte aber ein entmilitarisiertes Deutschland sein. Mit dem Potsdamer Abkommen waren alle vorausgegangenen Zerstückelungspläne der westlichen Siegerstaaten, wie sie noch während des Krieges, in Teheran und Jalta diskutiert wurden, beiseitegeräumt. Die Weiche war von Aufteilung auf Einheit Deutschlands gestellt. Diesen Grundsätzen entsprechend wurden zunächst vier Besatzungszonen – USA, England, Frankreich und der Sowjetunion – geschaffen. In den ersten Nachkriegsjahren standen Antifaschisten, die aus den KZs und der Emigration in ihre Heimatorte zurückkehrten, im Brennpunkt für den Wiederaufbau der Städte und Dörfer sowie der ersten kommunalen Verwaltungen.

Und wie kam es zur Spaltung Deutschlands? Die Errichtung deutscher Zentralverwaltungen, die in Potsdam vorgesehen waren, stießen später auf den Widerstand besonders Frankreichs. Der französische Außenminister Bidault erklärte vor der Nationalversammlung 1946, daß sein Land „eine deutsche zentrale Macht, die unmittelbar vor seinen Toren herrscht," nicht akzeptieren könne. Und so kam es, daß sich zunächst die amerikanische und die englische Besatzungszone zur Bi-Zone und kurz darauf auch mit der französischen zur Tri-Zone zusammenschlossen. Und als am 20. Juni 1948 auf Betreiben der USA in den drei „Westzonen" die Währungsreform durchgeführt wurde, war das der Anfang der Spaltung Deutschlands.

Tage später führte daraufhin auch die Ostzone eine Währungsreform durch. Am 1. September 1948 kam es zur Einsetzung eines Parlamentarischen Rates zur Ausarbeitung einer Verfassung für den westdeutschen Staat. Und am 7. September 1949 konstituierte sich der Bundestag, der daraufhin die erste Regierung Westdeutschlands (BRD) wählte. Rund 4 Wochen später folgte daraufhin die Bildung der DDR-Regierung. Die endgültige Spaltung war Realität. Mit jedem Schritt weiter in Richtung Aufrüstung, Beitritt zur WEU und NATO vertiefte sich die Spaltung.

Vor der Auslandspresse bestätigte Adenauer am 24. Januar 1952 „bereits im Dezember 1948 General Speidel im Geheimen beauftragt" zu haben, die „Unvermeidbarkeit einer Wiederaufrüstung" einzuleiten. Der damalige Innenminister Dr. Heinemann (der spätere Bundespräsident) wies im Jahre 1950 auf die gefährlichen Folgen dieses selbstherrlichen Schrittes Adenauers hin. Und der damalige Vorsitzende der SPD, Kurt Schumacher, nannte Adenauer schließlich „Kanzler der Alliierten". Prof. Golo Mann meinte im Februar 1964: „Adenauers atlantische Politik hat ... eine Wiederverschmelzung der beiden Teile Deutschlands unmöglich gemacht".

Einen weiteren Beweis dafür, wer die Spaltung Deutschlands wollte und auch einleitete, lieferte Adenauer. Bereits am 5. Oktober 1945 erklärte er: „Das Beste wäre, sofort aus den drei westlichen Zonen einen Bundesstaat zu bilden und ihn wirtschaftlich so eng wie möglich mit Frankreich und Belgien zu verflechten". Am 31. des selben Monats holte er noch nach und sagte: „... Schon nach dem ersten Weltkrieg vertrat ich den Plan einer organischen Verflechtung der französischen, belgischen und der deutschen Industrie..." Heute möchten ihn seine Politikerben von CDU/CSU am liebsten zum Patrioten hochjubeln.

Es bleibt aber geschichtliche Wahrheit, daß die CDU/CSU-geführten Regierungen reale Chancen einer echten Wiedervereinigung verpaßten. Am 30. November 1950 schlug der damalige Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, dem Bundeskanzler Adenauer die Bildung eines gesamtdeutschen Konstituierenden Rates vor, der als Vorbereitung einer gesamtdeutschen Wahl dienen sollte. Ähnliche Angebote kamen von der Volkskammer 1951. Bei Adenauer und seiner Regierung stieß das alles auf Ablehnung.

Bei dem jetzt in seine letzte und heiße Phase eintretenden Super-Wahljahr 1994 sollten wir diesen Rückblick nutzen, um auf die vielen verpaßten Gelegenheiten aufmerksam zu machen. Das ist für alle, die es wissen wollen, und für alle, die es eigentlich wissen sollten, notwendig. Denn gegenwärtig werden von den politisch Verantwortlichen der Bonner Regierung unterschiedliche Orientierungen gegeben, auf die wir am Wahltag Antwort geben sollen. Von unseren Antworten wird es aber abhängen, wie es mit Deutschland weitergehen soll. Zeit zur Besinnung ist noch gegeben. Und die Geschichte lehrt, die Gefahr für unser Volk kam immer von Rechts. Zwei von deutschem Boden ausgelöste Weltkriege und ihre Folgen lehren das.

Alois

Gegen Atom- und andere Massenvernichtungswaffen

zu sein, heißt (für mich), gegen die Besitzer und potentiellen Benutzer aufzustehen. **Das sind Regierungen** – nicht automatisch auch gegen die jeweilige Bevölkerung. Innerhalb aller Atommächte fürchten sich die Menschen vor dem Höllenfeuer! Ihnen wird vorgelogen, nur die Atombomben des sogenannten Feindes sind gefährlich – die eigenen wären „für" den Frieden. Überall läuft dasselbe miese Spiel, die Volksverdummung. **WIR dürfen uns nicht spalten** lassen. Nicht „die" Amerikaner, „die" Chinesen, „die" sonstwer sind der Gegner. Es sind nur wenige, die den Finger auf dem „Knopf haben", und sie gleichen einander, wie ein Ei dem anderen! Es darf keine Feindschaft, schon gar keinen Haß unter den Völkern geben, die alle unter derselben Bedrohung stehen! Die Soldaten und Polizisten, die für ihre Regierungen die Mordwaffen schützen (und benutzen!) sollen, sind genauso bedroht. Wenn ihnen das doch endlich klar würde! Diese größenwahnsinnigen „Knopfdrücker" brauchen Personal und Computer. Sie sind auf Helfershelfer angewiesen – Moderner Widerstand kann ohne Waffen – aber nicht ohne „Köpfchen", nicht ohne geistige Überlegenheit auskommen: Computer kann man knacken (d. h. Einige können es – und verschwenden ihre Fähigkeit noch für Spielchen – welche Verschwendung!) Passiver Widerstand ist mächtiger als mancher glaubt. Noch ist Ghandis Methode nicht widerlegt. Natürlich ist Widerstand immer gefährlich (für den Widerständler). Atomkriege sind noch gefährlicher – und zwar für alle, für Gegner und Befürworter. Nein! sagen muß man/frau üben. Besonders wir Deutschen sind (und werden) danach nicht erzogen, nein! zu sagen. Es wird Zeit, das zu lernen. Zu oft ist es geschehen, daß Menschen an ihrem eigenen „jawoll" starben.

Irgendwann muß Schluß sein damit!
Wieso nicht jetzt sofort?
Kollektive Bedrohung erfordert kollektiven Widerstand.

Irmgard

Zukunft der Gedenkstätten

Um die Zukunft der Gedenkstätten ging es am 7. Juli in einem Vortrag des Kameraden Fred Dellheim (dem Vorsitzenden der IVVdN) in der Villa Ichon. Veranstalter waren MASCH Bremen und VVN-BdA. Nach kurzer Begrüßung durch Elka Pralle (MASCH) wies Willy Hundertmark in seiner Einführung auf den nächtlichen Abriß der Brücke von Torgau hin, der trotz zahlreicher Proteste und auch finanzieller Angebote seitens zweier Unternehmer aus der Alt-BRD durchgesetzt wurde. Er verwies aber auch darauf, daß kleinere Erfolge möglich sind.

Fred Dellheim vermittelte eine Reihe interessanter Denkanstöße. Die Frage des Erhalts der Gedenkstätten ist auf dem Hintergrund einer von der Bundesregierung forcierten ideologischen Wende zu sehen. Dies be günstigt Versuche, der Geschichte der Jahre 33–45 „einen anderen Anstrich zu geben", Stichwort Auschwitzlüge. Dabei geht es um eine Verniedlichung der Verbrechen des deutschen Faschismus. Vorstufe eines Geschichtsrevisionismus ist z.B. Prof.Ernst Noltes Aussage, das Abschlachten von Juden in Barbi Jar bei Kiew sei kriegsbedingt gewesen, müsse in Beziehung gesetzt werden zum massenhaften Soldatentod, die offene Debatte um die konkrete Zahl der Toten von Auschwitz, die Haftentschädigung für die Ravensbrücker KZ-Schergin Margot Kunz für ihr in der DDR erlittenes „Unrecht". Jüngster Versuch offizieller Umdeutung ist der Vorstoß des Stauffenberg-Sohnes, das Andenken an den kommunistischen Anteil am Widerstand aus dem Bendler-Block, der Gedenkstätte deutschen Widerstandes zu entfernen. Das paßt in die Linie, wie in der Adenauerära der Opfer und Täter gemeinsam zu denken. Außenvor blieben Nationalkomitee Freies Deutschland oder Bund Deutscher Offiziere, die zumindest eine gleichgewichtige Rolle gespielt haben wie der 20. Juli. Vorstufe sind zahllose Straßenumbenennungen. Gedenkstätten sind „nicht nur die großen KZ".

Fred Dellheim schilderte Schwierigkeiten, auf Fragen nach Einzelheiten der KZ-Haft des Vaters nachvollziehbare Antworten zu erhalten. Der hatte die Herrschaft krimineller KAPOs erlebt, nicht aber die Solidarität politischer. Fragen nach der praktischen Organisation des täglichen Überlebens machen für Jüngere schwierig, die KZ-Situation nachzuvollziehen. Auch hier gibt es weiße Flecken zu füllen, die Auseinandersetzung um Leben und Tod nicht einfach zu heroisieren, das tägliche Durchhalten in dem Chaos und Terror eines KZ nachvollziehbar zu machen. Dazu gehören in Neufünfland Fragen nach der Rolle der politischen Funktions-Häftlinge. Es war eben keine Lager-Selbstverwaltung, sondern ein Versuch, dem systematischen Tod der SS-Maschinerie einige Leben abzutrotzen. In der Auseinandersetzung um Erhalt der großen KZ als antifaschistische Gedenkstätten wurden seitens der internationalen Lagergemeinschaften Kompromisse eingegangen, um zu verhindern, daß in solchen Orten nichts anderes als die Abrechnung mit der DDR stattfindet.

Es gibt einen gravierenden Unterschied zwischen Internierungslagern nach 1945 und den KZ: die SS-Maschinerie war auf Menschenvernichtung ausgerichtet, die Internierungslager sollten Menschen daran hindern, in diesem Sinne weiter tätig zu werden. Dorthin kamen auch gering Belastete. Es gab Tote, allerdings war die Todesursache Mangelernährung aufgrund der schlechten Versorgungslage, ihre Verpflegung war so knapp wie die der Leute draußen, nur konnten sie nicht hamstern. Im August/September 45 wurden aber dort auch, betonte Fred Dellheim, aufgrund von Denunziationen Kinder und Jugendliche interniert, deren Stichhaltigkeit von der NKWD nicht überprüft wurde, auch nicht nach Eingaben örtlicher Parteistellen, und manche davon überlebten nicht. Ob der Anteil unschuldig Internierter etwa ein Drittel ausmachte, sei dahingestellt. Diese hätten sich aber auch geweigert, in einer Organisation gemeinsam mit NS-Tätern zu bleiben. Neuere Aktenfunde aus der SU könnten zur Versachlichung der Diskussion um Recht oder Unrecht der Internierung Einzelner beitragen.

Den Ausführungen schloß sich eine lebhafte Diskussion um die weißen Flecken in der Aufarbeitung an. Außerfrage stehe die Einmaligkeit der NS-Verbrechen, allerdings rechtfertige sie nicht alles.

Richard Keßler

Das nachstehende Flugblatt wurde bei der Mahnwache am 29.Juni 94 vor der Bürgerschaft verteilt.

Unsere Meinung:

Falls am Donnerstag, den 30.06.1994 nur ein Abgeordneter gegen die Verfassungsänderungen stimmt, ist auch der Knackpunkt Selbstauflösung des Parlamentes hinfällig. **fällig wäre dann ein Volksentscheid am 16.10.94. Wir möchten darauf aufmerksam machen:** Die Väter der Bremischen Verfassung haben mit Vorbedacht festgelegt: Das Parlament darf nie, weder durch sich selbst noch durch eine Regierung oder einen Präsidenten aufgelöst werden. Anstatt sich mit Verfassungsänderungen und neuen Strukturen von Parlament und Staat zu befassen, empfiehlt die VVN-BdA Bremen e.V. sollten Überlegungen Vorrang haben, wie und wodurch die Strukturen des sozialen Netzes wiederhergestellt und gesichert werden.

Tatsache ist doch: Im Etat 1994 sind Kürzungen der Sozialausgaben von 25,38 Milliarden, für 1995 von 34,68 Mrd. und für 1996 sind 36,64 Mrd. DM vorgesehen. Ab 1.1.94 werden die Sozialsätze in Ost und West gleichermaßen um 87.– DM pro Monat gekürzt.

Wer sind dann die Sozialempfänger? 1992 waren in den alten Bundesländern 1,909 Mio. arbeitslos. Davon bezogen 841.000 Arbeitslosengeld, 412.000 bezogen Arbeitslosenhilfe und 555.000 waren ausgesteuert, wie man so sagt. Ausgesteuert, d.h. den schweren Gang zum Sozialamt anzutreten. 555.000, das waren genau 31 %, fast ein Drittel. Das sind die Zahlen von 1992. Spätestens ab 1993 „arbeitet" die Wohlstandsregierung unter Helmut Kohl stets auf einem Sockel von über 2,2 Mio. Arbeitslosen. Erst 1990 war die Zahl auf unter 2 Millionen gesunken, weil die in die DDR eingeführte DM in die ALT-BRD zurückgeflossen ist. Mit der Liquidierung des Industrie-Potentials in der DDR wurde die Krise der freien Marktwirtschaft deutlich.

Selbst der Bundeskanzler gestand: Die Krise kommt aus dem Westen. Nun hat Herr Stihl gefordert, um die Krise zu beheben, müßten alle zahlen, auch die Sozialempfänger. Und Herr Blüm verkündet, Stihl läge vollkommen daneben. Nein, er liegt nicht daneben, Stihl weis nur nicht, was Blüm weis: Das soziale Netz wird bereits an 20 Punkten durchlöchert, einschließlich der Streichung des Schlechtwettergeldes ab 1995/96. Anstatt dem Verkauf von Staatseigentum zuzustimmen, sollte die Politik den Privaten raten, sich einen Kopf zu machen, wie die von Privaten verursachte Krise überwunden werden kann. Wie wäre es, wenn sie nur 1% ihres Jahresvermögens zusätzlich an den Staat zahlten? Damit würde die Kaufkraft des Binnenmarktes nicht geschwächt. Denken wir alle mal in eine andere Richtung, statt siehe oben.

ViSdP Willy Hundertmark, Bremen, den 29.6.94

Antwort

aus der Sächsischen Staatskanzlei kam am 9.Juli auf unseren Protest gegen den Abriß der Brücke von Torgau. Darin heißt es:

„Der Abriß wurde seitens des Landesamtes für Denkmalschutz, der Stadt Torgau, des Bundes als Eigentümer und des Freistaates Sachsen als Baulastenträger befürwortet. Der Erhalt und die damit verbundene Rekonstruktion wären nicht gerechtfertigt gewesen.

Der Dokumentarwert der Torgauer Elbbrücke war darüber hinaus stark eingeschränkt, da sie nach 1945 wesentlich verändert wieder aufgebaut wurde. Sie war somit nicht mehr die Brücke, auf deren Trümmern sich Angehörige der amerikanischen Streitkräfte der Sowjetarmee am 25.04. offiziell trafen.

Hätte man die jetzige alte Elbbrücke dennoch im Sinne der Tradition als Bild für das geschichtliche Ereignis erhalten wollen, wäre dies nicht unverändert möglich gewesen, weil die Dresdner Schiffahrtsdirektion die Beseitigung des 1946 aus damaligen Not der Zeit heraus errichteten Strompfeilers forderte.

Es galt abzuwägen, ob die dafür erforderlichen Kosten im rechten Verhältnis zu der im öffentlichen Interesse liegenden geschichtlichen Aussage standen. Der Freistaat Sachsen wird die Errichtung eines Informationszentrums, in dem die Bedeutung der Torgauer Brücke für Frieden und Freiheit gewürdigt wird, im Rahmen des Möglichen unterstützen."

Dank unseren Kameraden

Wir gedenken einer Kameradin und dreier Kameraden. Im Widerstand gegen Faschismus und Krieg kämpften sie auf gleicher Wellenlänge. Bis zum letzten Atemzuge bewahrten sie die Treue zur VVN-BdA. Ihr Leben gestaltete sich grundverschieden. Unser Kamerad **Lorenz Schreimel**, am 26.12.1914 in Erlangen geboren, stand am Beginn seines 19.Lebensjahres, als Hindenburg Hitler an die Macht berufen hat. Er gehörte zu den Jahrgängen, die zur einjährigen Dienstpflicht in die Wehrmacht eingezogen wurden. Die einjährige wurde zur achtjährigen und dann ohne Pause zur achtjährigen Kriegspflicht.

Nach Einsätzen in West und Ost wurde „seine" Einheit 1943 nach Italien verlegt. Hier nutzten Lorenz und sein Kamerad die Situation und schlossen sich einer Partisaneneinheit an. Sein Vertrauen zu den englischen Oberen wurde bitter enttäuscht. Trotz des Ausweises des Kommandeurs der Partisanen kam er in englische Gefangenschaft. Nach seiner Entlassung hat er bis zum letzetn Atemzug in der alten BRD um seine Anerkennung als Deserteur gerungen. Ein guter Kamerad weilt nicht mehr unter uns.

Die Kameradin **Meta Werner** wurde am 5. Mai 1904 in Bremen geboren und hat sich vor allem um die Interessen der Frauen bemüht. Als Schülerin der freien Versuchsschule lernte sie die Bedingungen kennen, unter denen Arbeiterfrauen lebten. In ihrem Beruf wurde sie eine ausgezeichnete Meisterin. Als Selbständige hat sie mit ihren Auszubildenden und Gesellinnen vorgelebt, wie Menschen zusammen arbeiten können. Für Meta gab es kein Oben und Unten im Vertreten der Rechte der Frauen.

Ihr kleiner Betrieb war in der Zeit des Naziregimes immer wieder Treffpunkt für Gleichgesinnte. Nach der Befreiung von Faschismus und Krieg setzte sie sich für die Bildung einer neuen KPD, für eine Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes ein. An der Arbeit des Demokratischen Frauenbundes hat sie sich besonders stark beteiligt. In den letzten Jahren verfolgte Meta weiterhin besonders interessiert die Politik der VVN-BdA.

Das Leben unseres Kameraden **Theo Wattenberg** endete in einer Situation, in der die Herrschenden in diesem Lande einmal mehr den Antifaschismus für sich alleine in Anspruch nehmen wollten. Das Leben unseres Kameraden Theo, geb. 14.6.1909 ist ein Beweis für den Arbeiterwiderstand.

Schon mit 13 Jahren lernte er in der Tischlerlehre seine Interessen als Gewerkschafter wahrzunehmen. Als Kommunist wurde er bereits am 28.2.1933 für seinen Widerstand gegen den Faschismus verhaftet. Er gehörte zu den 100 Häftlingen, die am 1. April 1933 ins KZ Mißler eingeliefert wurden. Nach dem Sieg der Alliierten über das faschistische Regime half er in der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus (KgF), Bremen von den Trümmern zu befreien. Mit der Gründung der Parteien wurde er wieder Mitglied der KPD.

Unser Kamerad Theo gehörte zu den Gründern der VVN-BdA in den Jahren 1946/47.

Am 29. Juli wurde unser Kamerad **Friedrich Franz** auf dem Friedhof in Huchting beigesetzt. Am 17. Januar 1911 in Hannover geboren, hat unser Kamerad 1925 die Lehre als Kaufmann begonnen.

Das Ende seiner Lehre fiel mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise zusammen. Junge Menschen hatten in dieser Krise kaum Chancen für einen festen Arbeitsplatz. Das änderte sich auch nach 1933 nicht. Da Friedrich sich nicht anpaßte, hatte er ständig im Naziregime Schwierigkeiten. Weil seine Haltung in der neuen Demokratie auch nicht ohne weiteres anerkannt wurde, trat er am 1.Januar 1948 in die VVN ein. Hier fand er Hilfe und Unterstützung für sein Anliegen. Seine Krankheit hinderte den Kameraden Friedrich an der aktiven Mitarbeit.

Kamerad Friedrich verkörpert ebenfalls die lebendige Vielfalt des Antifaschismus, die die VVN-BdA bewahrt.

i.A. Willy Hundertmark

Wer an einer Welt des Friedens und der Freiheit mitbauen will, wer sich aktiv gegen Neofaschismus, Rassismus und Krieg einsetzt, sollte Mitglied in der VVN-Bund der Antifaschisten werden.

- ☐ Ich möchte mehr über die VVN-Bund der Antifaschisten wissen.
- ☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- ☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

Mich interessieren vor allem folgende Schwerpunkte:

- ☐ Einwanderer und Flüchtlinge
- ☐ Neofaschismus
- ☐ Frieden
- ☐ Geschichtsforschung
- ☐ Erinnerungsarbeit

Name, Vorname ____________
Straße ____________
PLZ, Ort ____________
Telefon ____________
Geburtsdatum, Ort ____________
Beruf ____________
Bremen, den ____________
Unterschrift ____________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V., Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen

Neubrandenburger Entwurf

„Seit der Gründung des Interessenverbandes in Mecklenburg/Vorpommern haben wir den Grundsatz: Antifaschismus ist Humanismus in Aktion – ist ein Menschenrecht in den Mittelpunkt unseres Wirkens gestellt ... In der Öffentlichkeit treten wir gegen Erscheinungen des Rassismus und Neofaschismus, gegen Unrecht, Gewalttätigkeit gegen Ausländer und ausgrenzung auf. Wir wenden uns gegen jegliche Formen von Verfälschung istorischer Tatsachen und von Diskriminierung; wir wenden uns gegen das politische Strafrecht in der Rentenzahlung...

Zugleich kommt es darauf an, weiterhin die Zusammenarbeit mit antifaschistischen Organisationen, wie dem Bund der Antifaschisten in Mecklb./Vorpommern und dem in den ‚alten Ländern' der BRD auszubauen. Mit all unseren Möglichkeiten werden wir eine „2. Nordkonferenz" ... unterstützen.

Gemeinsames Handeln aller demokratisch-antifaschistischen Kräfte ist dringlicher als je zuvor. Denn zu Beginn des 5.Jahres der Einheit Deutschlands müssen wir feststellen, daß sich die allgemeine Krisensituation verschärft hat, die Zahl der Ausgegrenzten, der Armen und der vom sozialen Abbau Betroffenen wächst und faschistisches Gedankengut mehr und mehr Nährboden findet. ... Unser Ziel war und bleibt es daher, antifaschistische Traditionen durch die Vermittlung unserer Erfahrungen aus der Zeit 1933–45 allen Bürgern, vor allem aber der Jugend nahezubringen.

Zur umfassenden Sicherung der demokratischen Grundrechte fordern wir vom Staat entschiedener als bisher die vorhandenen Gesetze und die Verfassung zu nutzen, neofaschistische Tendenzen und menschenverachtung im gesellschaftlichen Leben zurückzudrängen...

Mit großer Sorge sehen wir in der Welt eine zunehmende Kriegsgefahr. Die 60 Millionen Opfer des II.Weltkrieges verpflichten uns zu einem hohen politischen Engagement für das friedliche Zusammenleben der Völker. Deutsche Waffen dürfen nie wieder in irgendeiner Form die Menschheit bedrohen..."

Zustimmung zum Kriegseinsatz

Schon Anfang Februar hatte er nach längerem Hin und Her dem weltweiten Einsatz der Bundeswehr zugestimmt. Das Warum versucht der Rat der Evangelischen Kirche nun in Orientierungspunkten für Friedensethik und Friedenspolitik zu begründen, ausgearbeitet von der „Kammer für Öffentliche Verantwortung". (EKD-Texte 48). Mitglieder dieser Kammer sind unter anderen Otto Graf Lambsdorff, aber auch der ehemalige Kirchentagspräsident und Theologieprofessor Wolfgang Huber, Heidelberg.

„Für alle Wege und Mittel, den Frieden zu wahren und die Opfer vor Gewalt zu schützen, gilt dasselbe Kriterium: ... In diese Prüfung müssen auch die Bereithaltung und der Einsatz militärischer Gewalt einbezogen werden. ... Dementsprechend sehen wir es nicht als einen grundsätzlichen Widerspruch zu einer christlichen Friedensethik, vielmehr als eine notwendige, wenn auch nicht vorrangige Konkretion an, militärische Mittel zur Wahrung des Friedens und zur Durchsetzung des Rechts bereitzuhalten und notfalls anzuwenden ... Für die Wirksamkeit der Abschreckung ist es gerade wesentlich, daß sie nicht zu spät kommt ... Der Gesichtspunkt des nationalen Interesses ist legitim ... rechtfertigt die belastete Vergangenheit keine grundsätzliche Sonderrolle Deutschlands. Prinzipiell ist vielmehr davon auszugehen: was friedensethisch und friedenspolitisch für die anderen Staaten der Vereinten Nationen gilt, das gilt auch für Deutschland..."

Der Rat der EKD knüpft an einer historisch bestimmten Bejahung des Staates an, die selbst den Terrorstaat der Nazis als göttliches Mittel grundsätzlich anerkannte, und stellt sich damit auch in eine Tradition der evangelischen Kirche, die 1939 begeistert die Mitglieder der Kirche zum „Dienst am Vaterland" rief. Als Zugeständnis an den christlich begründeten Widerstand gegen den Kriegseinsatz der Bundeswehr bezeichnet der Rat der EKD den „Einsatz militärischer Gewalt" als „äußerste Erwägung oder Maßnahme" und fordert „sorgfältige Prüfung". „Die Kriegsdienstverweigerer und die Friedensdienste sind aber auch auf die Soldaten angewiesen, damit ihr Handeln als Zeugnis christlicher Hoffnung verstanden und nicht als Ausdruck der fehlenden Solidarität mit den Opfern von Gewalt und Friedensbruch mißdeutet wird." Damit wird der Einsatz von Kanonenbooten in ihrer modernen AWACS-Gestalt wieder und für alle Fälle gerechtfertigt.

Richard Keßler

Termine bitte vormerken und wahrnehmen

Menschen gegen Rechts

Samstag, 10. September RATSCHLAG GEGEN RECHTS von 9.30 – 19.30 Uhr im DGB-Haus

Referenten:

* Prof. Wolf-Dieter Narr (FU Berlin): Soziale Spaltung, Entsolidarisierung, Rechtsextremismus

* Brigitte Erler (SOS Rassismus): Ursachen von Rassismus und Nationalismus in Europa

* ab 13.30 (nach der Mittagspause) Foren zu: I. Feindbilder II. Staat und Rassismus (Ausländer-/Asylrecht) III. Justiz und Rechtsextremismus IV. Medien und Gewalt, Brandsätze V. Arbeiterbewegung von rechts?

* ab 16 Uhr (nach der Kaffeepause) Foren zu: I. Soziale Politik gegen Entsolidarisierung II. Asylrecht und Einwanderungspolitik III. Anpassungszwang versus Identitätswahrung IV. Sozialarbeiter an die Front?

* 18 Uhr Abschlußdiskussion Leitung: Chr. Butterwegge

Montag, 12. September um 19 Uhr
Mitgliederversammlung im Büro zur Lage in Italien

Mittwoch 21. September um 16-18 Uhr Mahnwache vor der Bürgerschaft

Montag, 26. September um 18 Uhr
Landesvorstandssitzung

Freitag, 30. September um 19 Uhr Nachbarschaftshaus Ohlenhof

Eröffnung der Gröpelinger Kulturtage mit einem Konzert des Bremer Solidaritätschors und der Gruppe Argus unter der Leitung von Can Tufan

Samstag, 1. Oktober um 11 Uhr

Antifaschistischer Rundgang durch die Innenstadt unter Führung von Willy Hundertmark zum Thema Weiße Flecken im Geschichtsbild Treffpunkt: Denkmal am Landherrenamt

Montag, 3. Oktober um 11 Uhr

ab Bunker Pastorenweg Antifaschistischer Stadtrundgang zum Thema Zwangsarbeit unter Führung von Willy Hundertmark

Geburtstage im September

Karl-Heinz Müller	7.9., 68 J.
Anita Böhme	9.9., 84 J.
Fritz Bolte	18.9., 82 J.
Karl Wölz	18.9., 74 J.
Liesbeth Jessat	21.9., 92 J.
Auguste Muck	22.9., 88 J.
Elisabeth de Vries	22.9., 81 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden

Der Landesvorstand

Das Wichtigste

Der Bremer Antifaschist,
Organ der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Wir sind regelmäßig erreichbar:

Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 BREMEN
Tel.: 0421/382914 · Fax: 0421/382918

montags – donnerstags 10.30 – 18.00 Uhr
freitags 10.30 – 13.00 Uhr

Dringend benötigt:
Spenden für unsere Arbeit

Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 290 501 01), Kto.-Nr. 103 1913

Anmeldungen für alternative Stadtrundgänge auch direkt unter (0421) 61 12 62

Mitgliederöffentlich tagt (verändert)
montags von 18.00 – 19.00 Uhr
der Geschäftsführende Vorstand,

jeden 4. Montag im Monat
von 19.00 – 21.00 Uhr
der Landesvorstand

jeden 2. oder 3. Mittwoch
im Monat von 16.00 – 18.00 Uhr:
Mahnwache
vor der Bremer Bürgerschaft

Redaktionsschluß: am 15. des Monats

V.i.S.d.P.:
Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)